

Mitmachen

Ich möchte andere Menschen über Attac informieren. Bitte schick mir ___ Exemplare dieses Faltblatts zur Pflegeversicherung.

Bitte schick mir ___ Exemplare der Attac-Selbstdarstellung.

Ich möchte mehr über Attac wissen.

Bitte schick mir weiteres Informationsmaterial.

Bitte schick mir ___ Exemplare des letzten Attac-Rundbriefs.

Bitte nehmt mich in den Attac-Infoverteiler auf.

Ich habe Interesse, in einer Attac-Gruppe in meiner Region mitzuarbeiten – bitte schick mir Kontaktadressen.

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Fax: _____
E-Mail: _____

Absender

Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.

Oder beide Seiten per Fax: 069-900281-99

Fly0605-I

Um für eine den Aufgaben entsprechende Finanzausstattung der Pflegeversicherung zu sorgen, die für die Versicherten bezahlbar bleibt, muss die Reform

- die **Arbeitgeber endlich in gleichem Umfang** wie die Versicherten heranziehen. Es ist nicht akzeptabel, dass die Pflegeversicherung allein von den Versicherten bezahlt wird. Die paritätische Finanzierung durch die Arbeitgeberseite – als Ausdruck des Verfassungsgebots von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums – ist sicherzustellen.
- auch SpitzenverdienerInnen und BezieherInnen von Vermögenseinkommen den **gleichen Beitragssatz** vom Einkommen abverlangen wie normalen ArbeitnehmerInnen. Alle Einkommen müssen mit dem gleichen Anteil zur Pflegefinanzierung beitragen.
- die **Pflege der Kommerzialisierung am Markt entziehen** und sie in den Schutzbereich öffentlicher Daseinsvorsorge holen, damit die Weiterentwicklung von Diensten, Einrichtungen und Angeboten demokratisch und unter Beteiligung von Interessenvertretungen Betroffener gestaltbar ist. **Pflege ist keine Ware!**

Nicht zu vergessen: Eine angemessene und solidarische Pflegefinanzierung würde in erheblichem Umfang **zusätzliche reguläre Arbeitsplätze** schaffen.

► Die Pflege geht an die Börse? Privatisierungspläne der Großen Koalition stoppen!

Die von der Großen Koalition angekündigte Reform der Pflegeversicherung ignoriert die Erfordernisse einer menschenwürdigen und bedürfnisgerechten Pflege. Sie will vor allem eine „**kapitalgedeckte Demografiereserve**“ einführen. Damit die „Lohnnebenkosten“ für Arbeitgeber nicht steigen, sollen die künftigen unausweichlichen Ausgabesteigerungen mal wieder einseitig den Versicherten aufgebürdet werden. Die als „Eigenverantwortung“ verbrämten zusätzlichen Kosten für die Versicherten würde den Finanzmärkten zusätzliche Milliarden zuführen. Zugleich soll im Zuge der „Föderalismusreform“ die Zuständigkeiten für die Alten- und Pflegeheime Ländersache werden. Damit würden die Mindeststandards für Pflegeheime zum Spielball des neuen „Wettbewerbsföderalismus“, der um günstige Verwertungsbedingungen für Pflegeinvestoren wetteifert. Manche Bundesländer haben bereits Pläne in der Schublade, die bislang vorgeschriebe-

ne Mindestquote von 50 % Fachkräften bezogen auf das Pflegepersonal drastisch zu senken und die Kontrolle durch die Heimaufsicht abzubauen. Und warum soll man es billig machen, wenn es auch ganz umsonst geht: Die Große Koalition setzt darauf, dass Pflegearbeit noch mehr als bisher **unbezahlte Frauenarbeit** wird – in der Familie oder im „Ehrenamt“.

Es liegt im elementaren Interesse der pflegebedürftigen Menschen von heute und morgen, ihrer Angehörigen, der Pflegebeschäftigten, der Versicherten und sogar der Kommunen (als Sozialhilfeträger), die abenteuerliche und unverantwortliche Pflegepolitik der Großen Koalition zu stoppen. Gemeinsam müssen wir für eine solidarische Reform der Pflegeversicherung bei Finanzierung und Leistungsrecht streiten, die den **Schutz von Menschenwürde und Grundrechten Betroffener in den Mittelpunkt rückt** und nicht das Geld.

Morgen nur noch satt und sauber? Sie haben es heute in der Hand, das Blatt zu wenden! Engagieren Sie sich mit Attac für ein menschenwürdiges Leben für alle!

Mehr Informationen für alle, die sich engagieren wollen, gibt es im Internet auf den Seiten der Attac-AG „Genug für alle“ unter www.attac.de/genug-fuer-alle



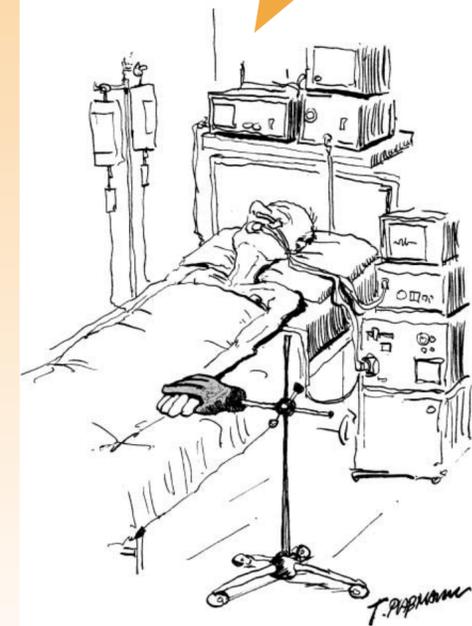
Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in über 30 Ländern Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung zu Attac zusammenschlossen. Antikapitalisten, kirchliche Kräfte, Gewerkschaften und nicht organisierte Einzelpersonen sind ebenso dabei. Allein in Deutschland machen schon über 16.000 Menschen mit. Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen und sich gemeinsam Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen machen wollen. Dabei steht Attac für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Informationsvermittlung in Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Innerhalb von Attac gibt es zahlreiche Lokalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Globalisierung beschäftigen. Zum Thema „Soziale Sicherung“ arbeitet v.a. die bundesweiten Kampagne „Genug für alle“ (www.attac.de/genug-fuer-alle). Auf der Webseite der Kampagne finden sich weitere Informationen zum Thema „Pflege“ und vielen anderen. Ansprechpartner für Rückmeldungen und Kontakt ist Werner Rätz; er ist per Mail unter Werner.Raetz@t-online.de erreichbar. Weitere Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99, info@attac.de, www.attac.de

Pflegeversicherung

Wie wir uns heute betten,
so werden wir morgen liegen!



 **attac**
AG Genug für alle

► **„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – solange er kein Pflegefall ist?**

Immer wieder geraten Zustände in deutschen Pflegeheimen in die Schlagzeilen, schlagen Fachleute Alarm: Alte und kranke Menschen verhungern, sie verdursten und sie werden nicht richtig gelagert. Sie werden mit Psychopharmaka ruhig gestellt oder am Bett fixiert, erhalten Sondenernährung statt Hilfe beim Essen, Windeln statt Unterstützung beim Toilettengang. Dies gilt insbesondere für Demenzkranke, die rund um die Uhr Betreuung brauchen. Strenge Zeitvorgaben und Bürokratie lassen kaum Zeit und Raum für Gespräche und Zuwendung, für Menschlichkeit. Auch mit dem größten Engagement der Pflegekräfte lässt sich längst nicht mehr verhindern, dass Verletzungen der Menschenwürde und der Grundrechte Pflegebedürftiger an der Tagesordnung sind.

Die Hauptursache für diesen **Pflegenotstand in den Heimen** ist die Verweigerung der erforderlichen Personalstellen für Pflegekräfte. Arbeitsdruck und Zeitnot für die vorhandenen Pflegekräfte sind die Folge. Zudem sinkt die Zahl der „Zivis“, die bislang als billige Lückenbüßer eingesetzt wurden.

Aber auch die **häusliche Pflege** durch den „größten Pflegedienst der Nation“, die Frauen in den Familien, ist keine Idylle. Wer seine Angehörigen pflegt, muss nicht selten seine Erwerbstätigkeit einschränken und Einbußen bei der sozialen Absicherung hinnehmen. Viele arbeiten am Rande ihrer Kräfte oder weit darüber hinaus. Unter der hohen Be- und Überlastung leidet oftmals die persönliche Beziehung zu der/dem Pflegebedürftigen und es kommt auch schon mal zu Gewalt. Es fehlt an Unterstützung durch professionelle ambulante Pflege- und Hilfsdienste sowie durch Angebote der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege.

► **Von der Wiege bis zur Bahre – alles, alles Ware**
Der neoliberale Umbau des Sozialstaats stellt auch das Gesundheitswesen unter das Diktat der Wirtschaftlichkeit. Standortwettbewerb und die Erwartung immer höherer Gewinnraten haben auf dem Markt für Soziales dramatische Auswirkungen. Sozialstaat und solidarische Sicherungssysteme sind in dieser Logik lediglich Kosten, die möglichst niedrig gehalten werden sollen.

len. Der Mensch wird zum Kostenfaktor degradiert, die Pflegebedürftigen ebenso wie die Pflegenden. Gerade der Bereich der Pflege ist geprägt von Unterfinanzierung und Kostensenkungsdruck. Dies führt zu Arbeitsverhältnissen, unter denen Pflegenden und Gepflegte gleichermaßen leiden. Auch ohne die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die einen europäischen Dumpingwettbewerb bei den sozialen Dienstleistungen loszutreten droht, sind Mini-Jobs und illegale Beschäftigung auf dem Vormarsch. Wer es sich leisten kann, beschäftigt Pflegekräfte aus Osteuropa – keineswegs immer in Übereinstimmung mit gesetzlichen Regelungen. Heimträger versuchen die größten Lücken in rechtswidriger Weise mit Langzeiterwerbslosen in „Ein-Euro“-Pflichtjobs zu stopfen. Der Pflegebedarf wird in den nächsten Jahren quantitativ und qualitativ steigen. Das hat in diesem Bereich auch damit zu tun, dass Menschen erfreulicherweise älter werden und damit häufiger auf Pflege angewiesen sind – anders als sonst im Gesundheitswesen, wo das Altersargument nur zur Rechtfertigung von Einsparungen dient. Die Einnahmen der Pflegeversicherungen halten damit nicht Schritt. Sie sind schon heute viel zu gering, um eine menschenwürdige Pflege – zuhause oder im Heim – finanzieren zu können. Damit wurde zugleich das Versprechen gebrochen, mit der Pflegeversicherung einen **Schutz vor pflegebedingter Armut** und Sozialhilfeabhängigkeit zu schaffen.

Stattdessen zeigt sich in der Pflegeversicherung beispielhaft, was wir zu erwarten haben, wenn die Sozialversicherung dem Markt überlassen wird:

- Bei der Einführung der Pflegeversicherung wurde auf das für die Sozialversicherung grundlegende Prinzip der **paritätischen Finanzierung** (Arbeitgeber und Versicherte zahlen jeweils die Hälfte) von vornherein verzichtet. Zu Lasten der Versicherten wurden die Arbeitgeber durch Streichung des Buß- und Bettags weitgehend von der Mitfinanzierung freigestellt.
- Die eingeschränkten Leistungen der Pflegeversicherung decken die tatsächlichen Pflegekosten bei weitem nicht. Als „Teilkasko“-Versicherung bleibt sie eine **unzureichende „Basissicherung“**. Nachdem privates Einkommen und Vermögen aufgezehrt sind, werden die Pflegebedürftigen nach wie vor zum „Sozialfall“. Natürlich versucht das Sozialamt sich einen Teil seiner Kosten von den Kindern zurückzuholen.



Hilfe auch bei höchstem Pflegebedarf. Es muss mehr selbstbestimmte Wohnformen für pflegebedürftige Menschen geben. Skandinavische Länder sind in dieser Hinsicht seit langem beispielhaft.

Eine menschenwürdige Pflege ist in einem reichen Land wie Deutschland keine ferne Utopie, sondern eine Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands. Würden sich ALLE gemäß ihrer Leistungsfähigkeit an den Kosten beteiligen, könnten ALLE im Alter würdig leben.

„Der weitreichende Handlungsbedarf in der Pflegeversicherung erfordert vor allem aber die Antwort auf die Frage, ob und in welchem Umfang die Gesellschaft bereit ist, für die Pflege künftig mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.“
Abschlussbericht der Pflege-Enquete des NRW-Landtags, Düsseldorf 2005, Handlungsempfehlungen, S. 542

- Das Pflegeversicherungsgesetz bestimmt, dass **Pflege als Wettbewerbsmarkt** zu organisieren ist, auf dem Dienste und Einrichtungen Gewinne erzielen müssen. So wurde Pflege als Anlagefeld für private Investoren erschlossen. Diesen geht es allerdings nicht um gute soziale Angebote, sondern um Gewinne. Damit verzichtete der Staat auch darauf, den längst überfälligen Wandel vom traditionellen Pflegeheim hin zu professionell getragener häuslicher Pflege voranzubringen.

► **In unserem eigenen Interesse: Es gibt Alternativen!**

Nahezu alle BürgerInnen haben den Wunsch, auch bei Pflegebedürftigkeit zu Hause wohnen bleiben zu können und nicht ins Heim zu müssen. Längst überfällig ist ein Strukturwandel der professionellen Pflege weg vom Heim hin zu professionell getragener häuslicher Pflege und

► **Die Reform, die wir wirklich brauchen**

- ... muss eine ganzheitliche und rehabilitativ ausgerichtete, **menschenwürdige Pflege** und Betreuung für alle Pflegebedürftigen so absichern, wie es ihr Bedarf erfordert. Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko bleiben.
- ... muss **die pflegenden Angehörigen nachhaltig entlasten**: mit einem durchgreifenden Ausbau der professionellen ambulanten Pflege- und Unterstützungsdienste sowie mehr Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege.
- ... muss den überfälligen Wandel weg vom traditionellen Pflegeheim zu neuen, **selbstbestimmten Wohnformen** gestaltbar machen.

Attac stärken – Mitglied werden!

Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden (Adresse bitte auf der Rückseite eintragen!)
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag* in Höhe von jeweils ___ € von meinem Konto abbucht. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag* von ___ € jährlich/monatlich auf das Konto von Attac. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich ___ € von meinem Konto einzieht. (Unzutreffendes bitte streichen!)

KontoinhaberIn: _____
Konto-Nr.: _____
Bank: _____
BLZ: _____
Datum/Unterschrift: _____

* Richtwert für den Beitrag sind 5 € im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 15 € im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich). Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.

Spendenkonto Attac Deutschland:
Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr. 800 100 800
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar!